



Inklusives Wachstum stärken

Inklusives Wachstum stärken

Anregungen für die Wirtschaftspolitik der 19. Legislaturperiode

Der digitale Wandel, die demografische Entwicklung und die Globalisierung stellen die Wirtschaftspolitik in Deutschland vor tiefgreifende Herausforderungen. Dabei geht es in einer Sozialen Marktwirtschaft vor allem auch darum, die seit den 1990er Jahren angewachsene Ungleichheit zu begrenzen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Ziel ist ein „inklusives Wachstum“, das das Versprechen „Wohlstand für alle“ auch vor dem Hintergrund rasanter technischer und wirtschaftlicher Veränderungen einlöst. Dies ist nicht nur eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, sondern begünstigt letztlich auch die wirtschaftlichen Wachstumskräfte.

Inklusives Wachstum erfordert auf der einen Seite einen modernen Ordnungs- bzw. Wettbewerbsrahmen, der technologie- und investitionsfreundlich ist und Innovationen fördert, Unternehmerinnen und Unternehmern einen freien Marktzugang ermöglicht sowie Machtmissbrauch verhindert – und auf der anderen Seite Verbrauchern nutzt, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schützt und gesellschaftliche Teilhabe sowie soziale Gerechtigkeit gewährleistet.

Bilanz der letzten Legislaturperiode

Die SPD-geführten Ressorts der letzten Bundesregierung hatten neben der Weiterentwicklung und Modernisierung unseres Wirtschaftsstandorts auch die Frage der Verteilung von Wachstumsgewinnen wieder in den Fokus der Wirtschaftspolitik gerückt.

Zum Kern einer Strategie inklusiven Wachstums gehört, dass alle Erwerbsfähigen einen Zugang zum Arbeitsmarkt und zu „guter Arbeit“ haben, so dass sie mit ihrem Erwerbseinkommen selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Durch Maßnahmen wie die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns, den Korrekturen bei Zeitarbeit und Werkverträgen oder dem Bundesteilhabegesetz sind wir diesem Ziel näher gekommen. Mit dem Integrationsgesetz wurden zudem wichtige



Inklusives Wachstum stärken

Grundlagen für eine schnelle und nachhaltige Eingliederung von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt gelegt.

Darüber hinaus haben wir maßgeblich dazu beigetragen, die Frage der Zukunftsinvestitionen, die grundlegend sind für künftigen gesellschaftlichen Wohlstand, ins Zentrum der politischen Aufmerksamkeit zu heben. Auf Bundesebene wurden die Ausgaben für Investitionen seit Beginn der letzten Legislaturperiode um rund 45 Prozent auf 36 Milliarden Euro erhöht. Die Kommunen – als Hauptträger öffentlicher Investitionen – wurden für die Jahre 2014 bis 2018 um rund 26 Milliarden Euro entlastet. Hierdurch werden für die neue Bundesregierung ebenfalls neue Spielräume für Investitionen eröffnet.

Inklusive Wirtschaftspolitik aus sozialdemokratischer Sicht

Die rasant voranschreitende Digitalisierung führt zu grundlegenden Veränderungen der Wirtschafts- und Arbeitswelt. Innovative Technologien und neue Geschäftsmodelle erfordern eine wirtschaftspolitische Flankierung, die diesen neuen Entwicklungen gerecht wird und im Stande ist, inklusives Wachstum auch in der digitalisierten Welt sicherzustellen.

Dazu gehören für uns folgende Maßnahmen:

Regionen fördern

Inklusives Wachstum zielt auf die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland. So gilt es, die regionale Wirtschaftsförderung neu auszurichten und auf alle strukturschwachen Regionen in ganz Deutschland auszudehnen. Eine flächendeckende Anbindung an schnelles Internet in allen Gebieten ist für uns selbstverständlich und muss durch ein kluges Zusammenwirken von privaten und staatlichen Mitteln, von Bund und Ländern gemeinsam vollendet werden.

Förderung von Start-ups und Existenzgründern

Start-ups sind Innovationstreiber und ganz wichtig für die Erneuerung unserer Wirtschaft. Um junge Unternehmen in der Gründungs- und Wachstumsphase zu unterstützen, hat die SPD in der vergangenen Wahlperiode bereits vieles



Inklusives Wachstum stärken

angeschoben. Dennoch müssen die Rahmenbedingungen weiter verbessert, überflüssige Bürokratie abgebaut und eine steuerliche Forschungsförderung eingeführt werden. Kleine Solo-Selbstständige verzichten häufig auf eine soziale Absicherung, was insbesondere im Alter riskant sein kann. Daher sollten Selbstständige, wenn sie noch nicht anders vorgesorgt haben, möglichst in die Sicherungssysteme einbezogen werden. Außerdem sollten die Krankenversicherungsbeiträge einkommensabhängig ausgestaltet und die Mindestbeiträge entsprechend abgesenkt werden.

Digitalisierung in Mittelstand und Bildung

Damit die Chancen der Digitalisierung in der Breite genutzt werden können, braucht es Orte der Information und Demonstration. Neben den bisherigen „Mittelstand 4.0“-Zentren sollten auf der Ebene der Industrie- und Handelskammern regionale Innovationsagenturen gegründet werden, die sich dem Wissenstransfer von Wissenschaft zu Wirtschaft widmen. Außerdem sollen kleine und mittelgroße Unternehmen einen Zuschuss für digitale Ausrüstung erhalten können. Daneben brauchen wir einen Ausbau von digitaler Bildung auf Ebene der Schulen, Berufsschulen und Hochschulen sowie Mentorenprogramme, die sich besonders an Jugendliche aus bildungsfernen Elternhäusern richten.

Fachkräfte sichern

In erster Linie ist es Aufgabe der Wirtschaft selbst, sich um Fachkräfte zu kümmern. Der Staat kann aber in seiner Verantwortung auch noch mehr tun, um insbesondere den Mittelstand bei der Arbeitskräftegewinnung zu unterstützen. Dazu gehört es, die Ausbildungsberufe zu modernisieren, Langzeitarbeitslose besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren, bürokratische Hürden für die Beschäftigung von Flüchtlingen zu senken und ein modernes Einwanderungsgesetz vorzusehen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat nach der Bundestagswahl bereits ein Punktesystem nach kanadischem Vorbild beschlossen. Wir müssen außerdem die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung herstellen, etwa durch den Abbau von Gebühren für Meisterkurse.